

# **Beilage zur INFO 51**

## **der BVBB-Ortsgruppe Blankenfelde - Mahlow - Diedersdorf**

### **Lügen, politischer Schmutz und die Folgen - 250.000 Euro Strafandrohung für Hagedorn**

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, Hagedorn, muss nun mit einer Strafandrohung in Höhe von 250.000,00 EURO leben. Gegen andere SPD-Mandatsträger laufen Untersuchungen wegen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz.

Vorgeschichte: Im Kommunalwahlkampf hatten die SPD-Kandidaten Hagedorn, Rothfuß und der SPD-Parteivorsitzende Wegner die seltsame Möglichkeit, in der MAZ Zossen politischen Schmutz und Lügen gegen den BVBB, seine Vorstandsmitglieder und die „BVBB Wählergruppe“ zu verbreiten, um zu diffamieren. Wir haben ausführlich, für viele unsere Leser kaum glaubhaft, über diese Versuche berichtet - letzte INFO - und dabei diese Machenschaften aufgedeckt und widerlegt.

Nachdem keine Entschuldigungen für die bösen Entgleisungen ausgesprochen wurden, haben wir zum Schutz der Betroffenen, insbesondere Matthias Stefke und weiterer Vorstandsmitglieder, beim Landgericht Potsdam erfolgreich eine Einstweilige Verfügung auf Unterlassung eingereicht.

Nun hat es den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hagedorn knüppeldick getroffen. Das Landgericht Potsdam hat mit rechtskräftiger Entscheidung, unter Strafandrohung von 250.000,00 EURO, ersatzweise Gefängnisstrafe, Hagedorn untersagt, seine Behauptungen wegen erwiesener Unwahrheit weiter zu verbreiten bzw. zu wiederholen.

Trotz Gerichtsentscheidung haben Hagedorn und seine betroffenen SPD-Genossen es immer noch nicht für nötig gehalten, sich zu entschuldigen. Da darf man nun fragen, ob diese „Superdemokraten“ den Anstand mit Schaumlöffeln gegessen haben.

### **Und die MAZ schweigt zu Gerichtsentscheidungen**

Beispielhaft für die SPD-Hofberichterstattung durch die MAZ Zossen ist, dass sie trotz vorliegender Pressemeldung des BVBB, die Tatsachen einer gerichtlichen Untersagung gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hagedorn nicht abgedruckt hat. Ihre Leser dürfen die Wahrheit wohl nicht erfahren. Dies insbesondere, weil dieses Blatt sich mit den SPD-Angriffen gegen den BVBB, Vorstandsmitglieder und die BVBB WG durch Abdruck des politischen Drecks gemein gemacht hat. Noch schlimmer, die Redaktion hat den verschütteten Schmutz wohl für bare Münze gehalten. Anders ist nicht zu erklären, warum sie ihrer Pflicht nach § 14 des Brandenburgischen Pressegesetzes nicht nachgekommen ist. Da steht nämlich geschrieben, dass sie nichts veröffentlichen dürfen, was erkennbar gegen Recht verstößt. Aber geschenkt: Für diese Erkennbarkeit hat vielleicht die intellektuelle Fähigkeit nicht gereicht.

### **Schulzes Bürgerinitiative**

Weil seine Partei, die SPD sowie sein Ministerpräsident rücksichtslos den BBI-Bau durchgesetzt haben, sich um die Folgen für die betroffenen Menschen nicht kümmern, hat der Landtagsabgeordnete Schulze einen ominösen Verein aus der Taufe gehoben. Ziel dieses Vereins ist nach seinen Angaben, die Bürger zu den Folgen des BBI zu beraten. Dabei verschweigt er geflissentlich, dass er selber, auch in seiner Funktion als Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, diese Folgen zu verantworten hat. Was soll das? Zuerst wird der Bürger brutal in eiskaltes Wasser geworfen, dann wirft Schulze einen untauglichen Rettungsring hinterher. Daran soll sich der im Wasser paddelnde Bürger dann festhalten. Wie er dann aus dem Wasser herauskommt, muss er dann selber bewerkstelligen.

Der Verein ist eine politische Bankrotterklärung! Dahinter steht das Motto: Haltet den Dieb. Schulze geht es um den untauglichen und anmaßenden Versuch, über sinnlosen Aktionismus von eigener Schuld und Unfähigkeit abzulenken. Die Wahrheit: Er ist bei all seinen Bemühungen an seiner Landtagsfraktion und Platzeck gescheitert. Alle Versuche, den BVBB auf Partei- und Flughafenkurs der SPD zu trimmen, sind auch gescheitert. Darum jetzt das Prinzip politischer Machtausübung: „Teile und herrsche“, spalte den BVBB Christoph Schulze MdL, der wohl Jahre geglaubt hat oder Glauben machen wollte, wie erfolgreich er die Interessen der Betroffenen vertritt, huldigt nun diesem Prinzip. Er gründete seine Bürgerinitiative, als e. V. und firmierte sie in Dokumenten i. G. („in Gründung“). Dabei bleibt bis heute im Dunklen, ob es eine Vereinssatzung gibt, wer Gründer, Mitglieder, oder Vorstand des Vereins ist und wie sich dieser Verein finanziert. Klar ist nur, dass sein Parteifreund, Landrat Giesecke mit im Boot ist. Wir meinen, es handelt sich um einen „Trägerverein“, der Christoph Schulze wieder in den Landtag tragen soll. Da ist nur wichtig, dass die MAZ Zossen unbesehen, ohne Recherche über Hintergründe als Schulzes Hofberichterstatter berichtet und Parteifreund Bürgermeister Baier Gemeinderäume kostenlos zur Verfügung stellt und fleißig im Amtsblatt Werbung für Schulzes Verein macht.

Wir empfehlen: Gehen Sie zu Schulzes Sprechstunden und stellen Sie Fragen. Lassen Sie sich sagen, was Sie tun müssen um zu Ihrem Schutz und zu Ihren Rechten zu kommen. Sie können dann erfahren - oder nicht, wie teuer es für Sie wird, wenn Sie sich gegen die Folgen der SPD-BBI-Politik wehren wollen.

**SO MIT UNS  
NICHT**

**Hier einige Fragen die der BVBB stellt oder die Sie stellen könnten. Unsere Antworten gleich dazu!**

### **Fragen zu Schulzes Verein - Bürgerberatung des Landtagsabgeordneten**

Donnerstags, wenn der BVBB ab 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr seine Sprechstunde hat, kommen BBI-betroffene Bürger und fragen uns, was sie in Schulzes Sprechstunden mehr erfahren können als beim BVBB. Immer müssen wir sagen: Wir wissen es nicht! Unsere Empfehlung ist aber: Hingehen und das fragen, was wir uns auch fragen. Vielleicht kann er andere Antworten auf Fragen geben, die Sie uns auch stellen. Z. B.

### **Was ist der Schulze-Verein für ein Verein?**

**Unsere Antwort:** Wir wissen es nicht! Wir kennen keine Satzung, keine Eintragung ins Vereinsregister, keine Beitragsordnung, wir wissen nicht, wer den Verein finanziert, ob er anerkannt gemeinnützig ist, welche Vorstands- und sonstige Mitglieder er hat und wer ihn gegründet hat. **Fragen Sie** ihn selbst danach, bei Antwort wissen Sie mehr als wir.

### **Warum gibt es den Verein dann?**

**Unsere Antwort:** Wir wissen es nicht genau! Darum denken wir: im September sind Landtagswahlen und auch Schulze braucht zur Wiederwahl Stimmen. Oder, der BVBB ist weder SPD noch sonst Parteien hörig und darum kein Verbündeter, der eine Politik preisen kann, die den vom Fluglärm betroffenen Bürgern eine Zerstörung ihrer Lebensqualität - ihrer Gesundheit - ihres Eigentums zumutet. Darum spricht der BVBB ohne Rücksicht auf Parteiinteressen Klartext. **Fragen Sie** doch Schulze, was er gegen den BVBB hat und warum er einen Verein gründete, der die Betroffenen spalten soll?

### **Warum brauchen wir Sprechstunden und Rat?**

**Unsere Antwort:** Weil Schulzes SPD und seine Landesregierung rücksichtslos den BBI-Standort Schönefeld durchgesetzt haben und sie nun alle Probleme bekommen, die Ihnen Sorgen bereiten. Was Schulze Ihnen darauf sagt, wissen wir nicht. **Fragen Sie** ihn doch einfach!

### **Warum brauchen wir Lärmschutzfenster?**

**Unsere Antwort:** Weil Schulzes SPD und Platzeck dafür sorgen, dass alle zwei Minuten Flugzeuge über Ihr Haus fliegen. Was Schulze dazu sagt, wissen wir nicht.

**Helfen denn Lärmschutzfenster?** Vielleicht im Schlafzimmer. Gegen die schlechte Luft bei geschlossenem Fenster bekommen Sie dann noch einen Belüftungsventilator, der Ihnen im Winter die Kälte und im Sommer die Hitze ins Zimmer bläst. Hoffen dürfen Sie dann, dass der Fluglärm nicht durchs Dach oder durch Wände kommt. Wenn alles klappt, haben Sie im Schlafzimmer einen Akustikkäfig. Die Unterhaltungs- und Reparaturkosten für das untaugliche System dürfen Sie dann auch noch bezahlen. Das will Schulzes SPD, die CDU, die FDP, Grüne und LINKE. Was Schulze Ihnen dazu sagt, wissen wir nicht. **Fragen Sie** ihn, ob er andere Antworten hat.

### **Was mache ich dann mit dem Fluglärm in anderen Räumen und in meinem Garten oder wenn ich draußen spazieren gehe?**

**Unsere Antwort:** Den Lärm, den Kerosinruß und die gesundheitsgefährdenden Folgen müssen Sie ertragen, weil Schulzes SPD und die Flughafenprotagonisten dies so wollen. Was Schulze dazu sagt, wissen wir auch nicht. **Fragen Sie** ihn nach seiner Antwort.

### **Müssen meine Kinder in der Schule und in KITAS praktisch den ganzen Tag den Fluglärm aushalten, obwohl, so habe ich gelesen, 16% aller Kinder fluglärmkrank werden und zusätzlich erhebliche Lernschwierigkeiten bekommen?**

**Unsere Antwort:** Schulzes SPD, alle Parteien und die Mehrheit der Gemeindevertretung wollen dagegen etwas tun. Lärmschutzfenster und Belüftungssysteme sollen die Kinder vor Fluglärm schützen. Sie sollen dann in Akustikkäfigen lernen und spielen, in denen Ventilatoren Überdruck erzeugen, im Winter kalte und im Sommer heiße Luft in die Räume blasen. In Pausen und beim Spiel, bekommen sie dann den Krach ungeschützt. Schulzes Antwort kennen wir nicht! **Fragen Sie** ihn, ob unsere Antwort falsch ist.

### **Will Schulze nicht auch, wie der BVBB, dass Schulen und KITAS in die fluglärmarmen Regionen der Gemeinde im Norden und Süden verlegt werden?**

**Unsere Antwort:** Ob er das will, ist unerheblich. Sein Ministerpräsident Platzeck hat schon schriftlich wissen lassen, dass er mit Leuten nicht redet, die solche, dem Schutz der Gesundheit unserer Kinder dienenden Lösungen fordern. Weil der BVBB dies fordert, will er auch nicht mit dem BVBB reden. **Fragen Sie** ihn, ob unsere Antwort falsch ist.

### **Wir sollen doch für die Wertverluste unserer Grundstücke/Häuser eine Entschädigung von 4.000,00 EURO bekommen?**

**Unsere Antwort:** Das gilt nach Rechtslage aber höchstens für 10% der Eigentümer in Blankenfelde-Mahlow. Alle anderen gehen leer aus, auch wenn unter Umständen ihre Grundstücke nur ein paar Meter neben den Grenzen für den Entschädigungsanspruch liegen. Schulzes SPD und ihre politischen Bauchredner wollen eben nur das geben, wozu sie rechtlich gezwungene sind. **Fragen Sie** darum, ob wir uns mit unserer Antwort irren.

## **Wer bezahlt mir dann Kosten, wenn ich zur Durchsetzung meiner Ansprüche und Forderungen einen Rechtsanwalt nehmen muss oder gar bei Gericht klagen will?**

**Unsere Antwort:** Der BVBB als Solidargemeinschaft hat bisher durch Mitgliedsbeiträge, Mitgliederumlagen und Spenden Klage- und Anwaltskosten für seine Mitglieder erträglich gehalten. Die Rücksichtslosigkeit der Landesregierung, Schulzes SPD und der anderen Parteien, hat den Mitgliedern und Klägern bisher 3,5 Millionen EURO gekostet. Von finanziellen Opfern seiner Mitglieder und dem unermüdlichen Widerstand haben 120.000 bis 140.000 Betroffene etwas gehabt. So dürfen wir hoffen, dass es zumindest keinen Nachtflug mehr gibt - wenn Schulzes SPD mitmacht. Weiter werden wir kämpfen für einen Lärmschutz, der seinen Namen verdient, und für Entschädigungen, die kein Gnadenbrot sind. Insbesondere aber für die Gesundheit unserer Kinder. **Fragen Sie**, ob die SPD und Platzeck da wenigstens noch mitmachen und ob Herrn Schulzes Verein Klage- und Anwaltskosten bezahlt.

## **Wir sollen jetzt, so Schulze, Fluglärmbeschwerden schreiben, um Druck auf die Landesregierung zu machen, damit leiser geflogen wird.**

**Unsere Antwort:** Beschwerden sind nutzlos, das wissen wir seit 10 Jahren. Es gibt, wenn überhaupt, belanglose bis lächerliche Antworten vom so genannten „Fluglärmbeauftragten“ der Landesregierung. Ändern wird sich nichts! An diesen Antworten können Sie erkennen, worum es in Berlin und Brandenburg in Wahrheit geht: Der Fluglärm muss vor den Menschen geschützt werden, die durch diesen um ihren Schlaf gebracht und in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Dafür brauchen Sie nicht nachts noch aufzustehen, wenn sie aus dem Schlaf aufgeschreckt sind. Es ist nämlich gefordert, dass Sie sich die Weckzeit genau aufschreiben, damit Sie sich beschweren können. Sicher erfahren Sie dann, dass der Lärm korrekt war, nicht zu beanstanden ist, weil ein zugelassener Flugzeugtyp Sie aus dem Schlaf gerissen hat. **Fragen Sie** Schulze, ob unsere Antwort falsch oder richtig ist.

**Wenn Sie zu Schulzes Sprechstunden gehen, bitte daran denken, dass Sie sich schriftlich ansagen müssen.**

## **Letzte Meldung gibt es einen Landtagskandidaten freier Wählergruppen?**

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die Freien Wählergemeinschaften „Plan B“ (Zossen) und „BVBB WG“ (Blankenfelde-Mahlow) zur Landtagswahl im September abklären wollen, ob sie einen parteifreien Kandidaten aufstellen werden. Mit der Kandidatur eines von Parteifilz unabhängigen Kandidaten gäbe es dann eine Alternative zu den Kandidaten der Versagerparteien. Bürger, die sich der Wahl verweigern wollten, weil sie die Parteien satt haben, hätten dann ein Angebot zur Wahrnehmung ihres Wahlrechtes.

Die Bürgermeisterin der Stadt Zossen, Frau Michaela Schreiber und der Fraktionsvorsitzende der BVBB Wählergruppe & Sympathisanten (BVBB WG), Matthias Stefke, sehen als Grundlage einer Kandidatur den Erfolg beider freien Wählergruppen die herausragenden Ergebnisse der Kommunalwahlen 2008.

## **Jetzt ist es heraus: Die Mehrheit der Gemeindevertretung und BM Baier wollen Schulen und KITAS zu Akustikkäfigen umfunktionieren.**

In trauter Eintracht mit der Flughafengesellschaft (FBS) soll die „Astrid-Lindgren-Schule“ in Mahlow als Musterbeispiel und Akustikkäfig für wenigstens, so die Planung, 3,4 Millionen EURO neu gebaut werden. Weil ein Neubau an diesem hoch fluglärmbelasteten Standort nicht genehmigungsfähig wäre, wird er als Anbau deklariert. Anbau an die alte Schule, die dann ebenfalls als Akustikkäfig zum Hort wird. Um die Endgültigkeit dieser Entscheidung zu vertuschen, wird behauptet, dass man die Lärmbelastung nach Betriebsnahme des BBI noch nicht kenne. Wenn sie aber dann zu hoch sei, dann müsse aber eine andere Lösung her. Bei diesen Propagandaeinlassungen geht es um Verdummung der Eltern. Die zukünftige Lärmbelastung ist durch Planfeststellungsbeschluss bekannt, weil die Einflugschneise für die Region festliegt und aus flugtechnischen Gründen unveränderbar ist. Wer soll denn den Unsinn glauben, dass es doch noch zur Umsiedlung einer Schule und des Horts kommt, wenn der Flugbetrieb BBI aufgenommen ist und die für mehr als 3,4 Millionen gebaute Schule nach vielleicht 2 Jahren Betrieb wieder abgerissen werden soll? Dem Bürgermeister und den „Ja-Sagern in der Gemeindevertretung ins Stammbuch geschrieben: Am Standort „Astrid-LindgrenSchule“ dürfte kein Gefängnis gebaut werden. Eine 2-minütliche Beschallung von Gefangenen wäre nach der UN-Antifolterkonvention als so genannte „Weiße Folter“ international verboten und geächtet.

In Wahrheit soll dieser Neubau im am meisten vom Fluglärm betroffenen Gebiert die faule Ausrede dafür sein, dass es nicht nötig ist, die Schulen und KITAS in Blankenfelde-Mahlow in Schulzentren, wie vom BVBB gefordert, neu zu bauen, die an Standorten liegen, die nicht vom Fluglärm belastet sind. Das wollen Platzeck und die Parteien nicht. Hier gilt: Kein Schutz für unser Kinder, aber Schutz vor den wirtschaftlichen Interessen des BBI, vertreten durch die Landesregierung.

Ganz im Sinne üblicher Hofberichterstattung hat dann die MAZ-Redakteurin Höhne die Entscheidung zum Neubau der „Astrid-Lindgren-Schule“ hymnisch beschrieben kräftig gelobt. Lässt ein Auftrag für Arkadis grüßen?

## **Rathausneubau eine Skandalgeschichte über Unfähigkeit und Dummheit**

Koste es was es wolle - Ein neues Rathaus muss her, so die Mehrheit der Gemeindevertreter (SPD, CDU, LINKE, Grüne) 7, 2 Mio. Euro sind lt. Haushaltsplan hierfür zunächst veranschlagt. Hinter vorgehaltener Hand spricht man jedoch schon von bis zu 10 Mio. €! Trotz jahrelangen Planungen wissen die Akteure aber bspw. immer noch nicht, wie groß, für welche Anzahl von Mitarbeitern und ob mit oder ohne Gewerbeeinheiten etc. geplant werden soll. Sicher ist nur, wo der neue Behördenpalast hin muss, direkt vor den S-Bahnhof!

Natürlich dann wegen der Lärmbelastung von S-Bahn, 2-minütlichen Überflügen aus dem Betrieb des BBI und dem Verkehrslärm wird es sicher ein gigantischer Akustikkäfig mit Klimaanlage.

Der Plan, den Rathaus-Neubau über die gemeindeeigene Wohnungsbaugesellschaft (WOBAB) abzuwickeln, war tollkühn und ist nach Informationen des Flurfunks gescheitert. Näheres dazu in einer der nächsten Info's. Zur Wahrheit über den Skandal gehört die Geschichte als Beleg für Unfähigkeit und Ignoranz vor Fakten. Fragen nach kostengünstigeren Alternativen, etwa der Nutzung der Kaserne in der Jühnsdorfer Straße wurden von der Kämmerin, Frau Sachtleben, und der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Frau Bohmke (MAZ 04.12.2008) so beantwortet: Die Renovierung der Kaserne zum Rathaus und die Bewirtschaftung, so haben sie in der MAZ geschrieben, sei teurer als ein Rathausneubau. Dies sei von der Verwaltung geprüft. Allerdings, als Beweis vorgelegt wurde das Prüfergebnis nie. Ob es fachlich haltbar ist bleibt auch Geheimnis. Darum die Frage: Was wird aus Frau Sachtleben und Frau Bohmke, wenn sich herausstellt das sie öffentlich die Unwahrheit verbreitet haben, und das in ihren Funktionen die wie keine andere Funktion zur Wahrheit verpflichtet ist? Bis zum Beweis des Gegenteils glauben wir jedenfalls nicht, dass ein Neubau von bis zu 10 Mio. € wirtschaftlicher ist, als die Ertüchtigung der ehem. Kasernengebäude.

Vor diesem Hintergrund forderte die BVBB WG Beweise (Gemeindevertreter Sitzung am 18.12. 2008) für die Richtigkeit der Aussagen der Kämmerin und der Vorsitzenden des Finanzausschusses. In diesem Zusammenhang macht die Fraktion BVBB WG, namentlich durch Gemeindevertreter Thomas Breidbach, noch einmal klar warum die BVBB WG den Neubau ablehnt und für die Renovierung der Kaserne eintritt.

Wie wir hören, weigerte sich Bürgermeister Baier über Wochen, Abgeordneten der BVBB WG Einblick in die Akten „Rathausneubau“ zu gewähren. Dazu war er aber gesetzlich verpflichtet, wie die Gemeindevertreter verpflichtet sind, auch Angaben der Kämmerin zu überprüfen.

Wir meinen, wer solche Überprüfungen be- oder verhindert, hat etwas zu verbergen. Wer als Gemeindevertreter nicht nachfragt, macht sich mitschuldig, wenn das Geld des Steuerzahlers für Prestigeprojekte und gegen das Haushaltsrecht zum Fenster heraus geworfen wird.

Auch hier fragen wir uns, warum Frau Höhne von der MAZ Zossen nicht ihrer Verpflichtung nach Recherche über ein Problem nachgekommen ist, das Öffentlichkeit und Leser sicher brennend interessiert. Schließlich war sie doch durch die Vorgänge auf der Gemeindevertreter Sitzung vom 18.12.2008 informiert.

### **Der BVBB begrüßt**

Gemeindevertretung und Bürgermeister haben sich entschlossen, gegen eine Entscheidung des brandenburgischen Verkehrsministeriums durch RA Siebeck Klage beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin/Brandenburg einzureichen. Worum geht es? Die Luftfahrtbehörde (Berlin/Brandenburg) musste die Nachtfluggenehmigung für den Flughafen Schönefeld verlängern. Die alte Genehmigung, für den praktizierten uneingeschränkten Nachtflug war abgelaufen. Wer nun dachte, die Genehmigung würde auf 2011, die propagierte Inbetriebnahme des BBI beschränkt werden, irrte sich. Sie verlängerte die Genehmigung gleich bis 2013. Dass, nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes ab Inbetriebnahme des BBI ein uneingeschränkter Nachtflug verboten ist, störte die Genehmigungsbehörde nicht. Das kann nur zwei Gründe haben: Entweder Platzeck und Wowereit glauben selbst nicht mehr an die Inbetriebnahme 2011 oder sie wollen mit einem rechtswidrigen Trick einen uneingeschränkten Nachtflug für den BBI sicherstellen.

### **Ein Planungsatlas als Kapitulationsurkunde**

Überschwänglich pries BM Baier im Amtsblatt Januar einen Planungsatlas als Ergebnis des „Dialogforums“ an und empfahl Lektüre. Zum Inhalt kann der BVBB nur sagen: Nichts für die vom Fluglärm Betroffenen, nichts für die Gemeinde und alles zur Stärkung der Infrastruktur für den BBI. Folgerichtig haben darum der brandenburgische Minister Dellmann, die Berliner Senatorin Junge-Reyer und der Geschäftsführer der Berliner Flughäfen, Dr. Schwarz für die Geschenke der Bürgermeister unterschrieben. Dafür durften dann in einem Grußwort darüber schwadronieren, wie hervorragend die Gemeinde jetzt aufgestellt sind. Auch Bürgermeister Baier durfte dann im Grußwort verkünden, dass für die Betroffenen nichts herausgekommen ist beim so schönen Dialog. Dafür aber noch ein Zukunftsversprechen. In einem neuen „Dialogforum“ soll denn auch über die Betroffenheiten und mögliche Hilfe dialogisiert werden. Dafür haben sie dann einen schönen Verein mit dem Kürzel BADC gegründet. Der soll denn Wohl das von Platzeck bombastisch verkündete „Bündnis am Boden“ aber ohne ihn sein.

### **Keine Überflüge mehr über Diedersdorf, Genshagen und Ludwigsfelde**

Willkürlich, weil die politischen Entscheidungsträger die Luftfahrtsbehörde schalten und walten lassen, werden die Gemeinden praktisch unnötig heute und wohl auch in Zukunft bei Starts vom Flughafen Schönefeld überflogen. Ohne technische und für den Flugbetrieb die Sicherheit beeinträchtigenden Flügen müssen die Bewohner auch unter Fluglärm leiden. Dies, weil versäumt wurde die Abflugrouten südlicher festzulegen. Fakt ist, lediglich bei so genanntem „Instrumentenanflug“ lässt sich der Überflug über diese Gemeinden nicht verhindern. Nur bei Schlechtwetterlagen/schlechten Sichtbedingungen für die Flugzeugführer ist der Überflug, ab 17 Meilen (ca. 26 km) vor dem Aufsetzpunkt auf der Landebahn geradeaus vorgeschrieben (Instrumentenanflug). Der BVBB fordert darum von den Bürgermeistern und Gemeindevertretern, dass sie unverzüglich schützende Anflugrouten politisch durchsetzen. D. h. sie müssen der Zulassungsbehörde für die Flugrouten (Bundesluftfahrtamt) klar machen, dass sie sich die Willkür nicht mehr bieten lassen.

Bei dieser Gelegenheit kann dann auch die Gemeinde Blankenfelde überprüfen lassen, welche Lärmentlastung es für die Gemeinde gibt, wenn die Flugrouten, insbesondere aber die Steighöhen im Abflug lärmindernd verändert werden.